

## PARTEILEHRJAHR aktuell

## Informationen zu Themen des Monats

SEMINAR zur Strategie und Taktik der SED bei der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, 2. Studienjahr

# Wissenschaft und Produktion gilt es künftig noch enger miteinander zu verflechten

Der XI. Parteitag über die wachsende Rolle der Wissenschaft im Kampf um Spitzenleistungen Die neue Stufe der organischen Verbindung von Wissenschaft und Produktion

Das Leistungs- und Effektivitätswachstum der Wirtschaft der DDR gründet sich spätestens seit Mitte der 80er Jahre zu etwa 90 Prozent auf den Faktor Wissenschaft und Technik. Die anderen Faktoren, wie Spezialisierung und Kooperation, Ressourcenverfügbarkeit, Naturverhältnisse, sind entweder weitgehend ausgeschöpft oder zeitigen sogar negative Entwicklungstendenzen. Unter Berücksichtigung dieser realen Reproduktionsbedingungen hat die Parteführung der Stärkung der wissenschaftlich-technischen Potentiale und der Nutzung ihrer Leistungskraft stets besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen. Der Aufwand für Wissenschaft und Technik entwickelt sich wie folgt:

1971 - 4,5 Md. M,  
1975 - 5,1 Md. M,  
1980 - 7,1 Md. M,  
1983 - 9,5 Md. M und  
1987 - 11,5 Md. M.

Das Forschungspotential der DDR umfasst gegenwärtig etwa 200 000 VbE. Davon verfügen die Kombinate über etwa 155 000 VbE, also über mehr als drei Viertel. Die Akademie der Wissenschaften hat 22 000 wissenschaftliche Kader, und die Hoch- und Fachschulen zählen 25 000 wissenschaftliche Tätige, die im Durchschnitt 40 Prozent ihrer Arbeitszeit für Forschungsaufgaben verwenden.

Dieses quantitativ beachtliche und leistungsfähige Potential sichert eine dynamische Entwicklung unserer Volkswirtschaft unter komplizierten Reproduktionsbedingungen und stellt sich mit Erfolg den Herausforderungen der modernen Produktivitätsentwicklung, die sich insbesondere in der Schaffung und breiten Anwendung von Schlüss 技术ologien äußert. Erneuerungsrate der industriellen Produktion von 30 und mehr Prozent und Spitzenentwicklungen wie der 1-Megabit-Speicherschaltkreis dokumentieren nachdrücklich den Anspruch der DDR, einen Platz unter den führenden Industriestaaten zu behaupten.

Im Interesse einer hocheffektiven wissenschaftlich-technischen Entwicklung sind die Vorteile des Sozialismus umfassend zu nutzen. Diese Vorteile bestehen insbesondere

- im einheitlichen sozialistischen Volkseigentum, das keine durch Sonderinteressen bedingte Schranken für das Herausbringen und die breite Anwendung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse zuläßt;

- im einheitlichen System der Leitung und Planung der Volkswirtschaft, das auf der Grundlage des Prinzips des demokratischen Zentralismus zentrale Leitungsebenen mit der Ebene der Kombinate und Betriebe verbindet und sicherstellt, daß alle Entscheidungen zu wissenschaftlich-technischen Entwicklungsprozessen aus gesamtgesellschaftlicher Sicht getroffen werden;

- in der zunehmenden sozialistischen ökonomischen Integration, in der sich

die Potenzen der Länder des RGW in Forschung und Produktion vereinigen; - in der aktiven, vom sozialistischen Eigentümerbewußtsein geprägten Teilnahme der Werkstätten an den Prozessen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung.

Die Nutzung dieser Vorteile ist vor allem auf eine engere Verbindung von Wissenschaft und Produktion zu richten. Hierin bestehen erhebliche Entwicklungsvorreserven. Dabei ist zugleich von der realen Problemsituation und den gegebenen Reproduktionsbedingungen der Wirtschaft der DDR und damit dem tatsächlichen Voraussetzung für eine dynamische wissenschaftlich-technische Entwicklung auszugehen. Dies macht vor allem die hohen Anforderungen an die Forscher und Entwickler, die Beteiligten an Überlebensprozessen sowie nicht zuletzt die Leiter in den Kombinaten, Betrieben und wissenschaftlichen Einrichtungen klar. Dies erklärt auch, daß die Aufwandsstruktur für wissenschaftlich-technische Entwicklungsprozesse in der DDR von der in anderen Ländern abweichen muß.

Spezifische Probleme für die wissenschaftlich-technische Entwicklung der DDR resultieren insbesondere aus

- dem riesigen und weiter wachsenden Produktionsassortiment, das zugleich ein hohes wissenschaftlich-technisches Niveau hat, was steigende Potentiale zur bloßen Niveausicherung erfordert und vielerorts zu einer Zersplitterung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten zwinge;

- der unumgänglichen Wahrnehmung von RGW-Verpflichtungen, die objektiv oft nicht von anderen RGW-Ländern übernommen werden können;

- der niedrigen Rate der produktiven Akkumulation, woraus sich ein ungünstiges Verhältnis von Forschungs- zu Investitionsaufwand (DDR 1:4, international 1:8) ergibt;

- der historisch gewachsenen Disziplinierstruktur und der Verteilung der wissenschaftlich-technischen Potentiale über die Forschungseinheiten und Industriebetriebe, die mit der gegenwärtigen Aufgabenstruktur des umfassenden Intensivierungs der Volkswirtschaft nicht übereinstimmt;

- der inneren Potentialstruktur (Verhältnis Grundlagenforschung zu Anwendungs- und Entwicklung sowie Verhältnis Erzeugnisentwicklung zu Technologieentwicklung) und Ausstattung der wissenschaftlich-technischen Bereiche (Forschungsinvestitionen in der DDR ein Prozent der Gesamtinvestitionen, international vier Prozent).

Die Sicherung des notwendigen wissenschaftlich-technischen Arbeitszeit- und -tempo unter diesen zum Teil schwierigen Bedingungen stellt vergleichsweise höhere Anforderungen an unsere Mitarbeiter und Leiter in Forschung und Überleitung. Dabei bestehen unter unseren gesellschaftlichen Bedingungen

eine Reihe günstiger Voraussetzungen: - In der DDR existiert ein hoher Standard der Allgemeinbildung und der disziplinierten wissenschaftlichen Ausbildung.

- Bei uns herrscht in der gesamten Gesellschaft ein wissenschaftsfreundliches Klima. Es gibt keinen Technikpessimismus.

- Stets gilt die konzentrierte Aufmerksamkeit der Partei und des Staates der Entwicklung von Wissenschaft und Technik und der breiten Anwendung ihrer Ergebnisse.

Auf dieser Basis enthalten sich ein hoher Einsatzwillen der Forscher, Entwickler und der an der Überleitung beteiligten Werkstätten und ein gesamtstaatlich organisiertes System der zielstrebigen Leitung von Wissenschaft und Technik.

Zur weiteren Erhöhung der Effektivität wissenschaftlich-technischer Entwicklungsprozesse muß es in den vor uns liegenden Jahren insbesondere um - die Entwicklung und Nutzung der Schlüsseltechnologien als Kernelement einer dynamischen produktivitätssteigernden technologischen Entwicklung in großer Breite,

- die Durchsetzung einer bedarf- und marktorientierten Denk- und Arbeitsweise im Interesse einer besseren Befriedigung der steigenden Bedürfnisse unserer Bevölkerung und eines effektiveren Exports;

- dauerhaft hohe Erneuerungsquoten der Produktion und entschieden mehr Spitzenteilestungen;

- eine noch konsequenter Material- und Energieökonomie bei allen Erzeugnis- und Technologieentwicklungen und eine Erhöhung des Anteils immaterieller Leistungen;

- einen jederzeit ausreichenden und nutzbaren wissenschaftlich-technischen Vorrat,

- eine engere Kopplung von Forschung und Investitionen im Interesse einer entscheidenden Beschleunigung produktionsvorbereitender Prozesse gehen.

Ein Schwerpunkt muß dazu die Quantifizierung des Leistungsprozesses sein, in dessen Mittelpunkt

- die Erhöhung des Niveaus der Zielstellungen, beginnend bei einer langfristigen Strategie bis hin zu Erneuerungsziel und Pflichtenheft und die Aufgabenstellung für Investitionen;

- die Förderung von Spitzenkräften für Spitzenleistungen;

- die durchgängige ökonomische Bewertung wissenschaftlich-technischer Arbeitsergebnisse;

- die gezielte Rationalisierung der wissenschaftlich-technischen Arbeitsprozesse;

- die Anwendung geeigneter Leistungsformen zur einheitlichen flexiblen und aufgabenorientierten Führung der Forschungs- und Überleitungsprozesse stehen.

DIETER BORMANN

Seit Ende des zweiten Weltkriegs entstanden im Ergebnis des Zusammenbruchs des „klassischen“ imperialistischen Kolonialsystems allein in Asien und Afrika rund 75 politisch souveräne Nationalstaaten, in denen heute mit über 2,2 Milliarden Menschen fast die Hälfte der Weltbevölkerung lebt. Von kolonialer bzw. halbkolonialer Herrschaft betroffen, strömten diese Völker als neue Subjekte der Weltgeschichte daran, ihre nationale Souveränität zu bewahren und zu festigen, ihren gesellschaftlichen Entwicklungsweg ohne äußere Einmischung frei zu bestimmen und die kolonial verursachte und neokolonialständig reproduzierte Unterentwicklung mit ihren krassem Folgen wie Armut, Hunger, Analphabetismus, unzureichender medizinischer Versorgung, menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen der Volksmassen

zu entziehen.

Vor den progressiven Kräften der Entwicklungsländer steht die Aufgabe, ihren Völkern den engen Zusammenhang zwischen den Aufgaben des Friedenskampfes und wirtschaftlichen, sozialen und politischen Umgestaltungen allgemeindemokratischen, antikolonialistischen Charakters im Innern begreifbar zu machen. In vielen dieser Länder steht die Friedensbewegung erst am Anfang und hat noch keinen Massencharakter angenommen. Worum diese Aufgabe so kompliziert ist, wird an dieser Aussage

SEMINAR zur internationalen Entwicklung und zu aktuellen Aufgaben des Kampfes für die Sicherung des Friedens

# Weil die „Bombe des Hungers“ bei ihnen allgegenwärtig ist

Der Kampf um Frieden und sozialen Fortschritt in Afrika und Asien / Die aktive antiimperialistische Solidarität der DDR mit allen Völkern und Bewegungen, die um ihre nationale und soziale Befreiung kämpfen

u. a. zu überwinden.

Dies wird jedoch durch das Wirken des Widerspruchs zwischen der hier erkämpften politischen Entwicklung und der noch ausstehenden ökonomischen Befreiung vom Imperialismus direkt und indirekt aufgezwungenen Einbeziehung in den Rüstungswettlauf und der damit einhergehenden Militarisierung dieser Länder entscheidend bestimmt. Nach wie vor sind diese Länder mehr oder weniger fest in das kapitalistische Weltwirtschaftssystem integriert, in dem sie als dessen schwach entwickelter, untergeordneter, abhängiger und um meiste ausgebauter Teil fungieren.

Für die Bestimmung des antiimperialistischen Potentials dieser Staatengruppe ist entscheidend, daß der Widerspruch zwischen den Völkern in Asien und Afrika und dem Imperialismus noch wie vor den Hauptwiderstand darstellt. Dieser Widerspruch manifestiert sich in einer Krise der Beziehungen zwischen Imperialismus und Entwicklungsländern, der in vielfältigen Erscheinungsformen zutage tritt. Gegenwärtig nimmt dabei die sogenannte Verschuldungskrise einen besonderen Platz ein. Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer bei staatlichen und privaten Kreditgebern der westlichen Welt, die inzwischen die astronomische Höhe von 1,2 Billionen Dollar überschritten hat, verwandelt sich in ein ernsthaftes Hindernis für wirtschaftliches Wachstum und jedweden sozialen Fortschritt, befördernd Massenunterprivilegien, Inflation, Arbeitslosigkeit und innenpolitische Destabilisierung.

Trotz zunehmender Differenzierung der gesellschaftlichen Entwicklungswegs - bekanntlich befindet sich die Mehrheit dieser Staaten auf dem kapitalistischen Entwicklungsweg, eine andere, kleinere Gruppe hat den kompliziert verlaufenden Weg einer sozialistischen Orientierung eingeschlagen - existieren, ausgehend von objektiven

stungs- und Konfrontationspolitik sind im Ringen um die Befriedigung der elementarsten menschlichen Bedürfnisse in den Entwicklungsländern keine Arbeit haben, selbst Hunger leiden und nicht wissen, wie sie ihre Kinder satte bekommen sollen, sind abstrakte Aussöhnungen über Krieg und Frieden wenig sinnvoll. Reden über Atom-, Wasserstoff- und Neutronenbomben können die Notleidenden nicht die sie und ihre Familien ständig bedrohende „Bombe des Hungers“ vergessen lassen... Und unser Volk zu Aktionen für die Erhaltung des Weltfriedens, für die Abwendung eines verhängnisvollen militärischen Konfliktes zu mobilisieren, muß mir ihm das in einer klaren, verständlichen Sprache erklären."

Bei der Verbindung des Friedenskampfes mit dem Kampf um sozialen Fortschritt und Demokratie wächst in der Gegenwart die Gemeinsamkeit der Auflösungen von sozialistischen Staaten und Entwicklungsländern, insbesondere bei der Durchsetzung des Prinzips „Abrüstung für Entwicklung“. Beide Staatengruppen forderten auf der im August 1987 in New York von der UNO organisierten Konferenz „Abrüstung und Entwicklung“ - bezeichnenderweise wurde sie von den USA boykottiert - die im Ergebnis reale Rüstungsrücknahme freiwerdenden finanziellen Mittel für die kollektive Lösung solcher globalen Probleme wie Unterentwicklung, die Beseitigung des Hungers, des Analphabetismus und epidemischer Krankheiten einzusetzen. Die sozialistischen Länder unterbreiten in ihrem auf dieser Konferenz vorgelegten Memorandum konkrete Vorschläge über die Prinzipien und Modalitäten dieser Umverteilung und für die Schaffung eines internationalen Fonds „Abrüstung für Entwicklung“ im Rahmen der UNO.

Doz. Dr. sc. ARND KRAUSE,  
Sektion Afrika- und Nochost-  
wissenschaften

SEMINAR zur Entstehung und Entwicklung der DDR unter Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

# „Entspannungswende“ materialisierte den Triumph der Idee kollektiver Sicherheit in Europa

Ergebnisse und neue Anforderungen im Kampf um die Verwirklichung der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Beitrag der DDR für Frieden und Sicherheit in Europa (1973-1975)

hatte - dem Moskauer und Warschauer Vertrag (August 1970, Dezember 1970), dem Berliner oder Grundlagenvertrag (November 1972) sowie dem Prager Vertrag (Dezember 1973); Das Westberlin-Akkord wurde paraphiert, als der Moskauer Vertrag unterzeichnet war, und es trat in Kraft, nochmals der Bundestag dieses (sowie den Warschauer) Vertrags im Mai 1972 ratifizierte.

So wirkte das Vierseitige Abkommen als Stützfeuer des europäischen Vertragswerkes, das folglich für jegliche „Belastung“ dieses Abkommens sensibel ist. Die aufgedachten Verträge bezeugten in den Jahren 1970/73 zwei- bzw. mehrseitig während des zweiten Weltkrieges sowie des nachfolgenden Vier Jahrzehnts zuvor im War-

denen Realitäten, insbesondere die Nachkriegsgrenzen. Als sie faktisch unter Druck und Fack waren, begann im Juli 1973 die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, deren 1975 in Helsinki unterzeichnete Schlussakte die Absicht ihrer Teilnehmer zu friedlicher Koexistenz deklarierte.

Die „Entspannungswende“ beruhte politisch auf tragfähigen Kompromissen zwischen den Hauptkräften unserer Zeit. In Helsinki hatte - der Idee kollektiver Sicherheit in Europa. 2) Ihr hatte die Ostverträge den (völkervertraglich irrelevante, aber politisch bedeutsame) Aufschluss gegenüber den Möglichkeiten dieser Idee zeigten zuerst das Frankreich de Gaulles und die USA Kennedy bzw. Nixon, 3) der BRD öffnete 1989 der Regierungsumtritt der sozialliberalen Koalition W. Brandts den Weg für eine Politik der Vernunft.

Zunächst gefährdeten CDU/CSU

stark das europäische Vertragswerk;

Die Ratifizierung der Verträge mit der UdSSR und Polen, seine Prämisse, erfolgte mit 248 gegen 10 (bzw. 17) Stimmen bei 238 (bzw.

231) Enthaltungen seitens der Unionssparten. Den Preis für die

Stimmabstimmung zahlten SPD und

FDP in Form einer Entschließung aller Bundesparteien an die Großmächte, die gegen die Ostverträge (den völkerrechtlich irrelevanten, aber politisch bedeutsamen) Vorbehalt einer Friedensvertraglichen Regelung der Deutschlandfrage“ erhoben.

Die DDR hatte auf vielfach Weise an der Entspannungswende

Teil. Da sich die SED auch außenpoli-

tisch von einer nüchternen Situa-

tion trennte, ließ sie, konnte das

Grundlagenvertrag, der seit Juni 1973 in Kraft ist, kam die Normalisierung der zwischenstaat-

lichen Beziehungen BRD-DDR in Gang.

Prof. Dr. sc. GOTTFRIED DITTRICH

## Anmerkungen

1) Vgl. Geschichte der Außenpolitik der DDR, Abdr. Berlin 1986; P. Abenstein: Westberlin gestern und heute, Berlin 1986.

2) Vgl. Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. 2, Berlin 1985, S. 231.

3) Vgl. E. Nierke: Die DDR, Ein historischer Überblick, Berlin 1988, S. 33 f. t.

4) Protokoll des VIII. Parteitages der SED, Bd. 1, Berlin 1971, S. 33. Hier ist auch das außenpolitische 5-Punkte-

Programm bezeichnet.

5) Geschichte der DDR, Berlin 1987, S. 273.

6) Historia DDR 1949-1979 ed. Moskau 1985, S. 331.